



Sorge

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/300

27. Dezember 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Jahreswende	S.1
Bundestag 1951 - Von Wilhelm Kellies (MdB)	S.3
Hat de Gaulle noch eine Chance?	S.5

Furcht und Hoffnung

F.R. In der Fülle von Zweifeln und Ungewissheiten, die an der Weggrenze des Jahreswechsels die Menschen wie ein durchdringliches Dunkel umhüllen, ist dies eine sicher: beim Übertritt in das neue Jahr regiert die Furcht vor einem neuen Krieg die Stunde. Darüber können alle Bekundungen der Zuversicht und alle klugen Berechnungen, die zu einem hoffnungsvollen Ergebnis kommen, nicht hinwegtäuschen. Gewiss ist die Furcht immer ein schlechter Berater, aber sie lässt sich auch nicht einfach abschalten wie eine unerfreuliche Rundfunksendung. Sie ist da und verschwindet erst, wenn ihr Anlass beseitigt ist.

Das wäre, um konkret zu werden, der Fall, wenn ein auf die Dauer friedlicher Ausgleich zwischen der Welt des Westens und der des Ostens gelänge. Ein Gemeinplatz, wie es scheint, und doch geht es nur darum in allen den verschiedenen Äußerungen einer fast unerträglich gewordenen Spannung. Sie hat, mehr als in irgend einem anderen Lande, in Deutschland tragischen Inhalt durch die Tatsache der gewaltsamen Teilung unseres Landes, die hier neben der Furcht vor dem Kriege als zweite schwere Belastung das politische Bewusstsein der Öffentlichkeit ^{be-}herrscht. Es hat im vergangenen Jahr keine Ereignisse gegeben, die Hinweise darauf enthielten, wann und wie man von jener Furcht und gleichzeitig jener besonderen, auf den Deutschen drückenden Hypothek befreit werden könnte. Die Grotewohl-Vorschläge zur Lösung des zweiten Problems waren unseriös, weil sie von einer beabsichtigten propagandistischen Wirkung, nicht aber von dem ehrlichen Bestreben ausgingen, eine loyale und praktische Antwort auf die Frage nach der Wiedervereinigung Deutschlands

zu finden.

Am Jahresbeginn steht für jeden, der sich Gedanken macht, die Ungewissheit: Werden wir uns von einem möglichen Kriege weiter entfernen? Und die weitere Frage: Werden wir uns der Wiedervereinigung Deutschlands nähern? Die Viererkonferenz könnte, wenn sie zustande kommt, eine Antwort geben. Aber es wäre sicher unklug, an sie besonders hochgespannte Erwartungen zu knüpfen. Die politischen Fronten haben sich noch keineswegs aufgelockert, sie haben sich vielmehr in den letzten Monaten bedrohlich versteift und es wäre leichtfertig, zu glauben, gerade die Grösse und Dringlichkeit der Gefahr müsse die ruhige Besinnung und die Kraft zu vernünftigen Entschlüssen fördern. Es kann so sein und jedermann hofft es. Nein aber lässt sich nicht sagen.

Wenn die westlichen Alliierten ihre Zustimmung zur Viererkonferenz, die das Ergebnis des Jahres werden kann, von ihrer sorgfältigen Vorbereitung im allgemeinen und im besonderen davon abhängig gemacht haben, dass nicht das Problem Deutschland allein auf der Tagesordnung stehen dürfe, dass man also eine Art Generalbereinigung der West-Ost-Beziehungen zum Ziel haben müsse, so deutet sich darin die Absicht an, zu weltpolitischen Kompensationsmöglichkeiten zu kommen, deren genaue Umrisse freilich noch nicht zu erkennen sind. Sie sollen zur Sicherung des Friedens führen und sie könnten gleichzeitig einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands sein. Wie so weit gesteckte Ziele in einer Atmosphäre massiver Drohungen und Verdächtigungen und eines totalen Misstrauens mit einiger Aussicht auf Erfolg angestrebt werden können, ist allerdings schwer zu begreifen. Aber der Westen kann nun einmal, so wie die Dinge liegen, auf eine maximale Kraftentfaltung als Gegengewicht zu der östlichen Ballung von Macht und Gewalt trotz atmosphärischen Störungen, die damit verbunden sein mögen, nicht verzichten, weil er sich sonst selbst in eine unmögliche Ausgangsposition für jede Verhandlung mit dem Gegenspieler bringen würde.

Die Furcht vor einem Krieg ist gewiss nicht grundlos. Trotzdem wäre es falsch, in der politischen Planung ausschliesslich von der Vorstellung der Unvermeidbarkeit des Krieges auszugehen. Der Kampf um die dauerhafte Sicherung des Friedens und um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit wird aller Voraussicht nach auch 1951 ein erbitterter Stellungskrieg sein. Es ist ungewiss, ja unwahrscheinlich, dass diese Ziele bereits im kommenden Jahre erreicht werden. Aber es ist doch auch durchaus möglich, dass sich auf dem Wege zu ihnen gute Fortschritte machen lassen.

Was der Bundestag 1951 sein könnte

Von Wilhelm Kellies, F.d.B.

Nach dem Präsidentenwechsel hat sich das äussere Bild der Plenarverhandlungen wesentlich verbessert. In den Monaten vor dem Ausscheiden Köhlers bis zur Wahl des jetzigen Präsidenten hat Carlo Schmid dafür gesorgt, dass durch den Präsidenten eine verbildliche Leitung der Plenarsitzungen erfolgte. Der neue Präsident hatte eine kurze kritische Periode zu überwinden. Er versuchte zunächst mit übergrosser Strenge und ohne Ham-rde Dinge zu meistern. Bald trat aber eine wesentliche Auflockerung ein und wenn nicht alles täuscht, wird es ihm gelingen, das Ansehen des Parlaments zu heben.

Einen Mangel aber kann kein Präsident beheben - die geringe politische Potenz des Bundestages. Nach zwölf Jahren Diktatur, nach weiteren vier Jahren Zwischenstadium, in denen sich die Politik nur auf Landesebene bewegen konnte, durfte man kein Bundesparlament mit starkem politischen Schwung erwarten. Aber bei sorgfältiger Auswahl der Kandidaten wäre doch eine bessere Lösung möglich gewesen. Die Fraktion der SPD ist den anderen Fraktionen in der politischen Kraft erheblich überlegen.

Niemand darf die Schwierigkeiten vergessen. Es fehlt die volle Souveränität. Das Besatzungsstatut lässt eine volle politische Entfaltung nicht zu. Die Probleme und Schwierigkeiten häufen sich. Aber gerade zur Überwindung dieser Schwierigkeiten wäre eine stärkere politische Potenz des Parlaments notwendig. Dabei muss man auch die örtlichen Verhältnisse würdigen. Die Kleinstadtatmosphäre der vorläufigen Bundeshauptstadt Bonn wirkt sich erschreckend bei der Arbeit des Bundestages aus. Das Parlament kämpft nicht genügend um seine Stellung und sein Ansehen. Die Regierungsparteien fühlen sich in allen Fragen als Schutzinstanz des Kabinetts, selbst wenn es sich um wesentliche Angelegenheiten des Parlaments handelt. Man stellt sich hinter den Bundeskanzler, wenn er seine einsamen Beschlüsse fasst und die Rechte des Parlaments misachtet. Man kritisiert zwar zunächst die Misachtung des Haushaltsplanes, aber man genehmigt schliesslich doch die ohne Bewilligung des Parlaments getätigten Ausgaben. Das Bestreben des Kabinetts, den Bundestag zu überfahren, wirkt sich natürlich auch in der Ministerialbürokratie aus. Auch dort ist man eifrig bemüht, das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Zum erstenmal hat kurz vor Jahreschluss der Kanzler sich nicht

getraut, ohne und gegen den Willen des Bundestages zu handeln. Er hat die vorbehaltlose Anerkennung der Auslandsschulden nicht ausgesprochen. Der Widerstand der Sozialdemokratie brachte auch Mitglieder anderer Fraktionen zum Nachdenken. Hoffen wir aus diesem Vorgang für das neue Jahr, dass die Erkenntnis wächst: "Nicht die Regierung, sondern das Parlament hat das letzte Wort".

Die Arbeitsmethoden des Parlaments lassen immer noch zu wünschen übrig. Die Vereinbarungen im Ältestenrat über die Debattezeit für jeden Punkt der Tagesordnung haben zwar schon eine gute Wirkung erzielt. Man wird in der Richtung noch mehr erreichen können. So könnte man bei Eilmütigkeit in den Ausschüssen auf eine weitere Debatte im Plenum verzichten und dort nur über die Ausschussanträge abstimmen. Helfen würde eine Beschränkung bei der Einreichung von Anträgen, vor allem, wenn diese sich nur mit örtlichen Angelegenheiten beschäftigen.

Grössere Debatten im Plenum sollten nur bei entscheidenden Fragen stattfinden. Dann sollte man aber auch die Verhandlungen durch den Rundfunk übertragen. Bei der grossen aussenpolitischen Debatte im November haben Millionen ^{an} den Lautsprechern gelauscht. Dasselbe würde der Fall sein, wenn man die Erörterungen anderer Themen, die das Volk stark berühren, z.B. Kohleversorgung, Preisentwicklung, übertrüge.

Hemmend ist bei den grossen Debatten allerdings immer die grosse Zahl der Fraktionen. Wenn die Bevölkerung sich oft über die Schwerfälligkeit des Parlaments und die Länge der Verhandlungen beschwert, so sollte man nicht vergessen, dass gerade hier die grösste Schwäche vorliegen ist. Eine Beschränkung der Plenarsitzungen wird die Möglichkeit geben, die Arbeit der Ausschüsse zu fördern und zu vertiefen. In den Ausschüssen ist die wesentlichste Arbeit zu leisten. Hier besteht die Möglichkeit, das Machtstreben der Bürokratie einzudämmen und die wirkliche Bestimmung und Kontrolle des Parlaments zu sichern. Das bedingt allerdings auch, dass sich jedes Mitglied des Parlaments in erster Linie mit der Materie seines Ausschusses voll und ganz vertraut macht. Nur die Sachkenntnis sichert auch den Einfluss. Hier hat es in mancher Beziehung bisher noch gefehlt.

Im Jahre 1951 wird das Parlament sein Selbstbewusstsein in guten Sinne erheblich stärken müssen. Alle Abgeordneten werden die Arbeit im

Bundestag als ihre wichtigste Aufgabe erkennen müssen. Ihre Arbeitskraft gehört in erster Linie dem Auftrag, den sie durch ihre Wahl erhalten haben. Wer sich dazu nicht in der Lage sieht, sollte schon aus Gründen der Ehrlichkeit seinen Auftrag zurückgeben.

Bestand und Ansehen der Demokratie in der Bundesrepublik hängen nicht zuletzt davon ab, ob im Volke das Bewusstsein lebendig ist, dass die Abgeordneten ihre Pflichten mit voller Hingabe erfüllen.

Hat de Gaulle noch Chancen?

A.F. Paris, im Dezember

Seit nahezu drei Jahren überschattet die Persönlichkeit de Gaulles die französische Innenpolitik, und jede Regung des Generals, der nach wie vor über erhebliches persönliches Prestige verfügt und dessen Beurteilung der allgemeinen internationalen Entwicklung mitunter von bestechender Weitsichtigkeit und Klarheit ist, wird von den verantwortlichen Politikern des Landes zugleich mit Beunruhigung und Interesse verfolgt. Kürzlich hielt de Gaulle in der nordfranzösischen Stadt Lille eine Rede, in der er, wie üblich, die Vierte Republik mit ebenso höhnischer wie unberechtigter Kritik überschüttete, aber gleichzeitig sich zum ersten Male bereit erklärte, die Regierung auch vor Neuwahlen in Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften zu übernehmen. Es wäre allerdings zuviel anzunehmen, de Gaulle hätte damit den augenblicklichen Koalitionsparteien gewissermaßen die Hand gereicht. In der Rede von Lille überwog nach wie vor die negative Kritik. Es ist auch bis auf weiteres nicht zu vermuten, dass der General auf die von ihm gewünschte Verfassungsänderung, d.h. auf die Errichtung eines weitgehend autoritären Regimes, verzichtet. Aus diesen verschiedenen Gründen waren selbst Freunde des Gaulles von seinen jüngsten Erklärungen enttäuscht. Ihres Erachtens hätte der Ernst der Lage eine mehr staatsmännische als parteipolitisch gebundene, taktische Haltung verlangt.

Es ist nicht möglich, General de Gaulle und den Gaullismus einfach zu identifizieren. De Gaulle als Persönlichkeit gehört zweifellos zu dem von sehr weiten Kreisen anerkannten Aktiven der französischen Politik. Sein Wert und seine Fähigkeiten werden auch von seinen Gegnern nicht unterschätzt, und wenn er bereit gewesen wäre,

sich nach seinem Rücktritt als Regierungschef von der aktiven Politik vorläufig zurückziehen und das Kapital seines nationalen und internationalen Prestiges für Frankreich aufzubewahren, wäre er heute von allen Parteien, von den Sozialisten bis zur äussersten Rechten, zur Verwirklichung einer nationalen Sammlung und gleichzeitig auch zur Schaffung eines geeinten Europas gerufen worden. De Gaulles Irrtum und Fehler war die Bildung der von ihm zunächst sehr lose gedachten Sammelbewegung, die sich zwangsläufig, dem Zuge der Zeit folgend, sehr schnell in eine Partei verwandelte. Diese gaullistische Partei kann jedoch mit ihren Machtansprüchen und mit ihrer, durch die Verhältnisse keineswegs begründeten Anmassung nur auf schärfsten Widerstand stossen. Wenn sich de Gaulle von seiner eigenen Partei nicht lossagt, darf er kaum damit rechnen, erneut politisch zum Zuge zu kommen. Der Gaullismus als Partei ist nämlich eine höchst unerfreuliche und weitgehend zum Tode verurteilte Angelegenheit. In Erwartung der Neuwahlen finden bereits um die erfolgversprechenden Parlamentskandidaturen im Innern erbitterte Machtkämpfe statt, die umso rücksichtsloser sind, als viele Mitarbeiter des Generals nichts anderes sind als politische Abenteurer. Ausserdem hat die gaullistische Bewegung immer noch kein klares Programm; ihr ständiges Pendeln zwischen rechts und links hat ihr weder das Vertrauen des weitgehend konservativ-reaktionären Bürgertums verschaffen, noch die bisherige Ablehnung auf der Linken wandeln können. Das Erstarken der konservativen Rechtsparteien Frankreichs, d.h. der Radikalsocialisten und der sogenannten "Unabhängigen", hat der Entwicklung des Gaullismus viel mehr geschadet als der Widerstand der "Dritten Kraft", die den Kernpunkt der Regierungskoalition bildet.

Wie dem auch sei, bei weiterer Zuspitzung der Verhältnisse ist eine Rückkehr de Gaulles als französischer Regierungschef nicht ausgeschlossen, unter der Voraussetzung, dass es dem General gelingt, sich von seinen heutigen politischen Freunden zu trennen und erneut wieder eine nationale Figur ohne Parteibindung zu werden.